



Detailansicht des Registereintrags

Bundesarbeitsgemeinschaft Werkstätten für behinderte Menschen e. V.

Aktuell seit 03.06.2026 15:24:40

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R001425
Ersteintrag:	24.02.2022
Letzte Änderung:	03.06.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	03.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	Adresse: Oranienburger Straße 13/14 10178 Berlin Deutschland Telefonnummer: +49309441300 E-Mail-Adressen: info@bagwfbm.de Webseiten: www.bagwfbm.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Mitgliedsbeiträge, Öffentliche Zuwendungen

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

290.001 bis 300.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

3,00

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Andrea Stratmann**
Funktion: Vorsitzende
2. **Dr. Oliver Gosolits**
Funktion: Stellvertretender Vorsitzender
3. **Dr. Michael Weber**
Funktion: Stellvertretender Vorsitzender
4. **Christiane Eck-Meißner**
Funktion: Stellvertretende Vorsitzende
5. **Christian Dreiss**
Funktion: Stellvertretender Vorsitzender

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (8):

1. **Konstantin Fischer**
2. **Jana Niehaus**
3. **Dr. Kerstin Adolf-Wright**
4. **Andrea Stratmann**
5. **Dr. Oliver Gosolits**
6. **Dr. Michael Weber**
7. **Christiane Eck-Meißner**
8. **Christian Dreiss**

Gesamtzahl der Mitglieder:

683 Mitglieder am 01.01.2026, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (6):

1. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V.
2. European Association of Service Providers for Persons with Disability (EASPD)
3. Deutsche Vereinigung für Rehabilitation und Teilhabe e.V.
4. Europäische Bewegung Deutschland e.V.
5. Aktionsbündnis Teilhabeforschung e.V.
6. Deutsche Gesellschaft für Verbandsmanagement e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (12):

Arbeitsmarkt; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung"; Berufliche Bildung; Parlamentarisches Verfahren; EU-Gesetzgebung; Rechte von Menschen mit Behinderung; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen"; Digitalisierung; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Grundsicherung; Rente/Alterssicherung; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung"

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Werkstätten für behinderte Menschen (BAG WfbM) ist ein eingetragener gemeinnütziger Verein. Sie wurde am 18. Juni 1975 in Bonn als bundesweite Interessenvertretung der Werkstätten gegründet. Ihr Sitz ist seit 2022 in Berlin. Die Mitglieder der BAG WfbM sind Träger von Eingliederungseinrichtungen, insbesondere von Werkstätten, Förderstätten und Inklusionsbetrieben.

Die BAG WfbM ist der freiwillige und selbstlose bundesweite Zusammenschluss der Träger aller Einrichtungen, die den Menschen die Teilhabe an Arbeit und Gesellschaft ermöglichen, welche sich ihr Leben aufgrund ihrer Behinderung nicht, noch nicht oder noch nicht wieder durch Erwerbsarbeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt sichern können. Der Verband dient seinen Mitgliedern als Berater und Interessenvertretung in allen fachlichen und politischen Angelegenheiten.

Derzeit sind rund 310.000 Erwachsene mit Behinderungen in den Mitgliedswerkstätten der BAG WfbM beschäftigt, knapp 26.000 zu ihrer Beruflichen Bildung im Berufsbildungsbereich und fast 260.000 zu ihrer Arbeits- und Berufsförderung im sogenannten Arbeitsbereich. Etwa 20.000 sind so schwer behindert, dass sie einer besonderen Betreuung, Förderung und Pflege bedürfen.

Die politische Interessenvertretung der BAG WfbM findet in Form von Positionierungen und Stellungnahmen zu geplanten und aktuellen Gesetzgebungsvorhaben sowie auf Eigeninitiative der BAG WfbM zu relevanten Themen ihrer Mitgliedschaft statt. In diesem Zusammenhang gibt es einen regelmäßigen Austausch mit Mitgliedern des Bundestages sowie Vertretern von Bundesministerien, Verwaltungsträgern, Leistungsträgern der Eingliederungshilfe und anderen Verbänden. Des Weiteren gibt es im Rahmen von Verbandsveranstaltungen öffentliche Diskussionen zu unterschiedlichen Themen mit verschiedenen politischen Akteuren. Außerdem stellt die BAG WfbM politischen Vertretern Informationen mittels ihres Verbandsmagazins zur Verfügung.

Konkrete Regelungsvorhaben (5)

1. Entwurf eines Berufsvalidierungs- und -digitalisierungsgesetzes (BVaDiG)

Beschreibung:

Berücksichtigung von Werkstattbeschäftigten beim Gesetzgebungsverfahren.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/10857 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Berufsvalidierungs- und -digitalisierungsgesetzes - (BVaDiG)

Zuständiges Ministerium: BMBF (20. WP) [alle RV hierzu]

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 73/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Berufsbildungsvalidierungs- und -digitalisierungsgesetzes (BVaDiG)

Zuständiges Ministerium: BMBF (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BBiG 2005 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Berufliche Bildung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2405160009 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 16.05.2024 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. Geplantes Gesetzgebungsverfahren zu Werkstätten für behinderte Menschen und somit Änderungen im SGB IX, WVO und weiteren SGB

Beschreibung:

Gemäß dem Koalitionsvertrag 2021-2025 der Bundesregierung soll es gesetzliche Veränderungen im Bereich der Inklusion von Menschen mit Behinderungen geben. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales ist zuständig und plant ein Gesetzgebungsverfahren. Gesetzliche Änderungen im SGB IX, der WVO und weiteren Sozialgesetzbüchern sind geplant. Die BAG WfbM setzt sich für eine Weiterentwicklung der bestehenden Gesetzgebung ein und vertritt die Interessen ihrer Mitglieder.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB9uaÄndG [alle RV hierzu]; SGB 9 2018 [alle RV hierzu]; SchwbWV [alle RV hierzu]; SGB 12 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [\[alle RV hierzu\]](#); Berufliche Bildung [\[alle RV hierzu\]](#); Grundsicherung [\[alle RV hierzu\]](#); Rechte von Menschen mit Behinderung [\[alle RV hierzu\]](#); Rente/Alterssicherung [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung" [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen" [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung" [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. [SG2405060017](#) (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 10.04.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [\[alle SG dorthin\]](#)

2. [SG2406210176](#) (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.06.2024 an:

Bundestag

Gremien [\[alle SG dorthin\]](#)

Versendet am 19.06.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [\[alle SG dorthin\]](#)

3. [SG2410250021](#) (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 23.10.2024 an:

Bundestag

Gremien [\[alle SG dorthin\]](#)

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

3. 29. Gesetz zur Änderung des BAföG

Beschreibung:

Das Kabinett hat am 05.06.2024 eine Formulierungshilfe zum 29. Gesetz zur Änderung des BAföG beschlossen und vorgelegt. Mit dieser Formulierungshilfe wird es nun doch zu einer Erhöhung der Grundbedarfsätze des BAföG und somit des Ausbildungsgeldes im Berufsbildungsbereich in Werkstätten für behinderte Menschen kommen. Dies führt wiederum zu einer Erhöhung des Grundbetrags des Entgelts der Werkstattbeschäftigten.

Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 20/11313 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Neunundzwanzigsten Gesetzes zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (29. BAföGÄndG)

Zuständiges Ministerium: BMBF (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BAföG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Berufliche Bildung [alle RV hierzu]; Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406130002 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 11.06.2024 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

4. Geplantes Gesetzgebungsverfahren zu Werkstätten für behinderte Menschen und somit Änderungen im SGB IX, WVO und weiteren SGB

Beschreibung:

Gemäß dem Koalitionsvertrag 2021-2025 der Bundesregierung soll es gesetzliche Veränderungen im Bereich der Inklusion von Menschen mit Behinderungen geben. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales ist zuständig und plant ein Gesetzgebungsverfahren. Gesetzliche Änderungen im SGB IX, der WVO und weiteren Sozialgesetzbüchern sind geplant. Die BAG WfbM setzt sich für eine Weiterentwicklung der bestehenden Gesetzgebung ein und vertritt die Interessen ihrer Mitglieder.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB9uaÄndG [alle RV hierzu]; SchwWV [alle RV hierzu]; SGB 12 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [[alle RV hierzu](#)]; Berufliche Bildung [[alle RV hierzu](#)]; Digitalisierung [[alle RV hierzu](#)]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [[alle RV hierzu](#)]; Rechte von Menschen mit Behinderung [[alle RV hierzu](#)]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2411140012](#) (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 05.11.2024 an:

Bundestag

Gremien [[alle SG dorthin](#)]

Mitglieder des Bundestages [[alle SG dorthin](#)]

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [[alle SG dorthin](#)]

Versendet am 05.11.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (20. WP) [[alle SG dorthin](#)]

5. Stellungnahme der BAG WfbM zum Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD**Beschreibung:**

Am 9. April 2025 haben CDU, CSU und SPD einen Koalitionsvertrag für die 21. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages veröffentlicht. Die BAG WfbM reagiert mit einer Stellungnahme auf die vereinbarten Vorhaben und verdeutlicht ihre zentralen Forderungen für eine zukunftsfähige und inklusive Gestaltung der Teilhabe am Arbeitsleben von Menschen mit Behinderungen. Im Koalitionsvertrag bekräftigen CDU, CSU und SPD ihr Ziel, sich für eine inklusive Gesellschaft im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention einzusetzen. Entsprechend den Forderungen der BAG WfbM steht dabei auch die Werkstatteleistung im Fokus und wird im Koalitionsvertrag ausführlich behandelt.

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [[alle RV hierzu](#)]; Berufliche Bildung [[alle RV hierzu](#)]; Grundsicherung [[alle RV hierzu](#)]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [[alle RV hierzu](#)]; Parlamentarisches Verfahren [[alle RV hierzu](#)]; Rechte von Menschen mit Behinderung [[alle RV hierzu](#)]; Rente / Alterssicherung [[alle RV hierzu](#)]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (2):

1. **Bundesministerium für Bildung und Forschung**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Bonn/Berlin

Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro

Projekt "Gute Bildungspraxis: Handlungsempfehlungen zur methodischen Gestaltung Beruflicher Bildung in Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) - Ein anwendungsorientiertes Forschungsprojekt (Kurzform: GuBiP)

2. **Bundesministerium für Arbeit und Soziales Ausgleichsfond**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin/Bonn

Betrag: 180.001 bis 190.000 Euro

Projekt KI-Kompass Inklusiv

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

2.150.001 bis 2.160.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

